

Hinweise zum Datenschutz

Unabhängiger Beschwerdemechanismus für
die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI)

Aktualisierung 11/2023

Inhaltsverzeichnis

Hinweise zum Datenschutz	1
Unabhängiger Beschwerdemechanismus für die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI UBM)	1
1 Verantwortliche Stelle und Datenschutzbeauftragter (Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 und 2 DSGVO) 1	
1.1 Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle:	1
1.2 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:	1
2 Kategorien von personenbezogenen Daten, die durch uns verarbeitet werden, sowie die Quellen, aus denen wir diese Daten erhalten	2
3 Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung der personenbezogenen Daten	3
3.1 Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden	3
3.2 Rechtsgrundlage für die Verarbeitung	3
3.3 Mögliche Folgen einer Nichtbereitstellung	3
3.4 Automatisierte Entscheidungsfindung einschl. Profiling, Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO	4
4 Angaben zu Weitergabe und Auslandsbezug	4
4.1 (Kategorien an) Empfangende(n) der personenbezogenen Daten	4
4.2 Datenübermittlung ins Drittland	4
5 Dauer der Speicherung	5
6 Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 Nr. 2, 3, 4 DSGVO)	5
6.1 Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)	5
6.2 Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)	5
6.3 Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)	5
6.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)	6
6.5 Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)	6
6.6 Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)	6
6.7 Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)	6
6.8 Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde	6

Hinweise zum Datenschutz

Unabhängiger Beschwerdemechanismus für die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI UBM)

Die Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH nimmt den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Personenbezogene Daten werden von uns nur im notwendigen Umfang und in Übereinstimmung mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) verarbeitet.

Nachfolgend informieren wir Sie über die Art und Weise und die Hintergründe der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der Entgegennahme und Bearbeitung von Beschwerden Dritter durch den IKI UBM im Zusammenhang mit Projekten, die durch Fördermittel der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) unterstützt werden.

Diesem Hinweisblatt können Sie unter anderem nähere Informationen dazu entnehmen, welche Daten zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage erhoben werden, wie Sie die verantwortliche Stelle und den/die Datenschutzbeauftragte*n kontaktieren können und welche Rechte Sie in Bezug auf die Verarbeitung der personenbezogenen Daten haben.

Die folgenden Hinweise gelten gleichermaßen für die Erhebungen Ihrer personenbezogenen Daten (als unmittelbar die Skizze bzw. den Antrag einreichende Person) sowie für die Erhebung personenbezogener Daten Dritter (z.B. Ihrer Beschäftigten).

Folgende Informationen sind Ihnen gemäß Art. 13 und 14 DSGVO bei Erhebung der personenbezogenen Daten mitzuteilen:

1 Verantwortliche Stelle und Datenschutzbeauftragter (Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 und 2 DSGVO)

1.1 Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle:

Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH
Stresemannstr. 69-71
10963 Berlin
Telefon: + 49 (0) 30 72618 0000
Telefax: + 49 (0) 30 72618 0099
E-Mail: kontakt@z-u-g.org

1.2 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Für Fragen und Auskünfte rund um das Thema Datenschutz steht Ihnen der Datenschutzbeauftragte der ZUG zur Verfügung.

Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH
Datenschutzbeauftragter
Stresemannstr. 69-71
10963 Berlin
E-Mail: datenschutz@z-u-g.org

2 Kategorien von personenbezogenen Daten, die durch uns verarbeitet werden, sowie die Quellen, aus denen wir diese Daten erhalten

Die ZUG verarbeitet personenbezogene Daten, die im Rahmen der Einreichung von Beschwerden und deren Bearbeitung, die von den jeweiligen Beschwerdeführenden übermittelt wurden.

Des Weiteren werden personenbezogene Daten verarbeitet, die von Behörden und/oder Dritten zulässigerweise (z. B. nach § 25 BDSG) übermittelt wurden. Schließlich werden personenbezogene Daten im Rahmen der Untersuchungen von den betroffenen Durchführungsorganisationen, ggf. deren Weiterleitungspartnern und Subunternehmern, übermittelt oder bei ihnen erhoben. Weiterhin werden personenbezogene Daten durch die freiwillige Befragung von Dritte, z.B. Zeugen verarbeitet.

Folgende Kategorien von personenbezogenen Daten werden dabei verarbeitet:

- Beschwerdeführer: Name, Vorname, dienstliche o. private Kontaktdaten, persönliche Einschätzung zur Beschwerde / Vorhaben, persönliche Betroffenheit
- sonstige Betroffene von Vorhaben: Name, Vorname, dienstliche o. private Kontaktdaten, persönliche Einschätzung zur Beschwerde / Vorhaben, persönliche Betroffenheit
- Prozessvertreter von Betroffenen: Name, Vorname, dienstliche Kontaktdaten
- Ansprechpartner von Durchführungsorganisationen, Weiterleitungspartner, Subunternehmer: Name, Vorname, Position / Rolle in der Organisation / Institution, dienstliche Kontaktdaten, persönliche Einschätzung zur Beschwerde / Vorhaben
- Sonstige Dritte (z.B. Zeugen): Name, Vorname, dienstliche o. private Kontaktdaten, ggf. Position / Rolle in der Organisation / Institution, persönliche Einschätzung zur Beschwerde / Vorhaben
- Im Rahmen der Untersuchung kommen neben Vor-Ort Terminen und telefonischen Befragungen vor allem Online-Meetings in Betracht: Für die Nutzung des Videokonferenz-Tools „Zoom“ einschließlich der Ton- und Videoaufnahmen verweisen wir auf die Datenschutzerklärung, veröffentlicht unter: <https://www.z-u-g.org/datenschutz/datenschutzhinweise-fuer-zoom/>

Im Rahmen der Beschwerde oder bei Befragungen können die o.g. Personen auch (freiwillige) Angaben zu allen besonderen Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 DSGVO machen. Diese werden nicht auf Anfrage der verantwortlichen Stelle erhoben.

Zusätzlich werden folgende personenbezogene Daten von Mitarbeitenden der zuständigen zuwendungsbewilligenden Behörde (v.a. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz , nachfolgend: BMKW) sowie deren Auftragsverarbeiter (z.B. Projektträger) verarbeitet: Name, Vorname, Position / Rolle in der Organisation / Institution, dienstliche Kontaktdaten, persönliche Einschätzung zur Beschwerde / Vorhaben.

3 Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung der personenbezogenen Daten

3.1 Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden

Die Datenverarbeitung erfolgt mit Entgegennahme und Bearbeitung einer Beschwerde durch die von der verantwortlichen Stelle benannten externen Expert*innen zum Zwecke der Umsetzung des Unabhängigen Beschwerdemechanismus (IKI UBM) gemäß der Verfahrensordnung vom 01.02.2022 (veröffentlicht unter https://www.international-climate-initiative.com/fileadmin/iki/Dokumente/Beschwerdemechanismus/IKI_UBM_policy_DE_2022_02.pdf)

Beschwerden sind Hinweise auf negative Auswirkungen im Rahmen von Vorhaben in Drittländern, die von der IKI unterstützt werden. Negative Auswirkungen können sowohl sozialer wie auch umweltbezogener Art sein oder sich auf missbräuchliche Verwendung von Haushaltsgeldern oder Wirtschaftskriminalität beziehen.

3.2 Rechtsgrundlage für die Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt

- im berechtigten Interesse des Beschwerdeführers gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO zum Zwecke der Entgegennahme und Bearbeitung seiner Beschwerde sowie aufgrund der ausdrücklichen Einwilligung des Beschwerdeführers gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO in Fällen der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten
- aufgrund der Einwilligung der sonstigen Betroffenen und Dritte (z.B. Zeugen) gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO sowie aufgrund der ausdrücklichen Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO in Fällen der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten
- in Erfüllung eines Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (Auftrag zur Einrichtung des IKI UBM) sowie im öffentlichen Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (Selbstverpflichtung des BMKW zur Beachtung des IKI UBM) bezüglich der Mitarbeitenden der zuwendungsbewilligenden Behörde sowie deren Auftragsverarbeiter (z.B. Projektträger)
- in Erfüllung eines Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (Fördervertrag) sowie im öffentlichen Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (Prüfung der Rechtmäßigkeit des Erhalts und v.a. der Verwendung der Zuwendung z.B. bei Verstoß gegen Safeguards, Haushalts- oder Zuwendungsrecht) bezüglich der Durchführungsorganisationen, deren Weiterleitungspartner und Subunternehmer.
- aufgrund der Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO im Falle einer Video-/Audioaufnahme.
- im Falle staatlicher Ermittlungen auf Auskunftersuchen der staatlichen Ermittlungsbehörden aufgrund gesetzlicher Verpflichtung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO z.B. i.V.m. § 24 BDSG.

3.3 Mögliche Folgen einer Nichtbereitstellung

Für den Beschwerdeführer, sonstige Betroffene und Zeugen besteht keine Verpflichtung zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten.

Durchführungsorganisationen haben sich im Rahmen des Antragsverfahrens zur Einhaltung der IKI Safeguards sowie des Haushalts- und Zuwendungsrechts sowie im Fördervertrag zur Unterstützung des IKI UBM verpflichtet. Durchführungsorganisationen sind verpflichtet, Weiterleitungspartner bzw. Subunternehmer in demselben Maße zu verpflichten, wie sie sich verpflichtet haben. Verstößt die Durchführungsorganisation gegen vertragliche Verpflichtungen kann dies zu einer der Rückforderung gewährter Zuwendungen führen.

Die Bundesrepublik, vertreten durch das BMWK, hat ZUG mit der Installation des IKI UBM beauftragt und sich darüber hinaus zur Wahrung der Verfahrensordnung des IKI UBM verpflichtet. Im Falle der Nichtbereitstellung personenbezogener Daten kann der IKI UBM die Beschwerde nicht bearbeiten und ggf. abhelfen.

3.4 Automatisierte Entscheidungsfindung einschl. Profiling, Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO

Wir verwenden weder eine automatisierte Entscheidungsfindung noch ein Profiling gemäß Art. 22 DSGVO.

4 Angaben zu Weitergabe und Auslandsbezug

4.1 (Kategorien an) Empfangende(n) der personenbezogenen Daten

Expert*innen Panel: ZUG hat 3 Expert*innen mit der Bearbeitung von Beschwerden berufen. Diese werden als Auftragsverarbeiter der ZUG tätig.

Aufsichtsgremium: ZUG setzt den IKI UBM als Auftrag der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, um und berichtet an das beim BMWK angesiedelte Aufsichtsgremium. Das Aufsichtsgremium setzt sich aus fest zu bestimmenden Vertreter*innen von drei Referaten zusammen, die IKI-Projekte betreuen bzw. inhaltlich mit dem Thema Korruptionsprävention befasst sind.

Ggf. Dienstleistungsunternehmen, die bei Vor-Ort-Untersuchungen Unterstützungsleistungen erbringen, u.a. zur Beweiserhebung, Beweissicherung, Gutachter. In allen Fällen wird die Zulässigkeit nach der DSOGVO vorab geprüft. Werden diese mit der Verarbeitung personenbezogener Daten beauftragt, schließt ZUG einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung gem. Art. 28 DSGVO ab. Über die konkrete Weitergabe werden die Betroffenen informiert.

Ggf. beauftragte Mediator*innen oder Schlichtungsstellen. In allen Fällen wird die Zulässigkeit nach der DSOGVO vorab geprüft. Über die konkrete Weitergabe werden die Betroffenen informiert.

Ggf. Übermittlung an Ermittlungsbehörden bei Vorliegen der rechtlichen Verpflichtungen. In allen Fällen wird die Zulässigkeit nach der DSOGVO vorab geprüft. Über die konkrete Weitergabe werden die Betroffenen informiert.

4.2 Datenübermittlung ins Drittland

Im Rahmen der Bearbeitung der Beschwerden können personenbezogenen Daten an Dritte mit Sitz auch in Nicht-EU-Ländern übermittelt werden. In allen Fällen wird die Zulässigkeit nach der DSGVO vorab geprüft.

Im Rahmen der Bearbeitung der Beschwerden werden personenbezogene Daten an Auftragsverarbeiter der ZUG mit Sitz in einem Drittland übermittelt werden. Zur Gewährleistung eines angemessenen Datenschutzniveaus finden, sofern für das Drittland kein

Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission vorliegt, die von der Europäischen Kommission erlassenen Standarddatenschutzklauseln Anwendung. Der Datentransfer wird auf Art. 46 Abs. 2 lit c) DSGVO gestützt.

Zur Durchführung von Online Meetings wird die Anwendung „Zoom“ des Anbieters Zoom Video Communications, Inc verwendet. Zoom ist ein Dienst, der von einem Anbieter aus den USA erbracht wird. Eine Verarbeitung der personenbezogenen Daten findet damit auch in einem Drittland statt. ZUG hat mit dem Anbieter von Zoom einen Auftragsverarbeitungsvertrag geschlossen, der den Anforderungen von Art. 28 DSGVO entspricht. Ein angemessenes Datenschutzniveau ist zum einen durch den Abschluss der sog. EU-Standardvertragsklauseln garantiert. Als ergänzende Schutzmaßnahmen wurde die Konfiguration so vorgenommen, dass für die Durchführung von Online-Meetings nur Rechenzentren in der EU, dem EWR bzw. sicheren Drittstaaten wie z.B. Kanada oder Japan genutzt werden.

5 Dauer der Speicherung

Wir löschen personenbezogene Daten, wenn sie für die von uns verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind und keine anderweitigen Rechtsgrundlagen, insbesondere gesetzliche oder vertragliche Aufbewahrungsfristen, greifen. Hierzu gilt:

Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich 3 Monate nach Abschluss des Beschwerdeverfahrens gelöscht. Bei beschlossenen Maßnahmen werden die personenbezogenen Daten 3 Monate nach Abschluss der Umsetzung der Maßnahmen inkl. anschließende Monitoringphase gelöscht. Bei Vorliegen von Strafanzeigen werden die personenbezogenen Daten erst nach rechtskräftigem Abschluss des Strafverfahrens gelöscht. Im Falle von Rückforderungen gewährter Fördermittel gegenüber Durchführungsorganisation werden die Daten bis zum bestandskräftigen Abschluss des Rückforderungsverfahrens aufbewahrt.

6 Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 Nr. 2, 3, 4 DSGVO)

Bei Vorliegen der jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen stehen Ihnen nach der Datenschutzgrundverordnung die folgenden Rechte zu:

6.1 Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Mit dem Recht auf Auskunft erhalten Sie eine umfassende Einsicht in die Sie betreffenden Daten und einige andere wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

6.2 Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für Sie, unrichtige Sie betreffende personenbezogene Daten ändern zu lassen.

6.3 Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)

Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für Sie Daten löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

6.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für Sie, eine weitere Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch Sie ein.

6.5 Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für Sie, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format, beispielsweise als PDF-Dokument, von der verantwortlichen Stelle zu erhalten, um diese wenn nötig an anderen verantwortliche Stellen weiterleiten zu lassen. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient.

6.6 Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für Sie, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit dies durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen gerechtfertigt ist. Das Recht gilt gemäß § 36 BDSG nicht, wenn eine öffentliche Stelle durch Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet ist.

6.7 Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)

Soweit die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt, können Betroffene diese jederzeit für den entsprechenden Zweck widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund der getätigten Einwilligung bleibt bis zum Eingang des Widerrufs unberührt. Außerdem steht Ihnen nach Art. 13 Abs. 2 lit. b i.V.m. mit Art. 21 DSGVO ein Widerspruchsrecht gegen solche Verarbeitungen zu, die auf Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO beruhen.

Die Wahrnehmung dieser Rechte ist für Sie unentgeltlich und wird auf Antrag im Rahmen Ihres Informationsinteresses gewährt. Bitte wenden Sie sich dazu an die Datenschutzbeauftragte der Zukunft-Umwelt-Gesellschaft gGmbH.

6.8 Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sofern personenbezogene Daten durch uns verarbeitet werden, steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de